

Was bedeutet Demokratie ?

**Interview mit Jens Loewe für die Zeitschrift Zeit-Fragen,
April 2007**

Herr Loewe, soeben ist Ihr Buch "Das Wasser-Syndikat" erschienen, Zeit-Fragen wird es demnächst besprechen. Heute möchten wir Ihnen einige Fragen zu Ihrem neuen Projekt stellen, zu Ihrem Manuskript über das Thema Demokratie. Was hat Sie veranlasst, nach dem Wasserthema die Demokratiefrage aufzugreifen ?

Derzeit scheinen uns die Dinge in unserer einen Welt zu entgleiten. Fast auf allen Gebieten findet eine enorme Zerstörung statt, Ausverkauf der Lebensgrundlagen, wie z.B. Wasser, Atomare Verseuchung, Klimakatastrophen, Angriffskriege, Übermacht der Wirtschaft, Patentierung von Leben und vieles mehr. Die Demokratiefrage ist mir deshalb so wichtig, weil Sie das zentrale Querschnittsthema ist, also die Frage danach, wer die Entscheidungsgewalt bei wichtigen Themen hat.

Es ist auffällig, dass die Diskrepanz zwischen einsamen Entscheidungen von WTO, EU und überhaupt politischen und wirtschaftlichen Eliten und dem, was die Bürger wollen, immer größer wird.

Den vorläufigen Höhepunkt setzt die „Berliner Erklärung“ vom 25.3.2007, zur Zukunft der EU, die sich zwar sprachlich verkleistert für „noch mehr Demokratie“ einsetzen will, in Wirklichkeit aber unter Bruch der getroffenen Vereinbarungen und gegen den Willen der Referenden in Frankreich und den Niederlanden den „EU-Verfassungsvertrag“ durchsetzen will. Dabei wurde der Begriff „EU-Verfassungsvertrag“ weder in den Reden, noch in der Deklaration selbst auch nur einmal erwähnt. Daraus müssen wir folgern, dass die Bürger immer häufiger in die Irre geführt werden, durch Falschinformation, durch Verwirrung und durch eine demokratiefeindliche Geheimhaltung von wichtigen Vorgängen.

Deshalb ist es dringend geboten, dass wir eine Form von Demokratie einführen, die ihren Namen auch verdient. Eine Demokratieform, bei der auf allen Ebenen die Menschen über grundlegende und wichtige Dinge tatsächlich entscheiden können und nicht als missbrauchtes „Stimmvieh“ sprachlos zuschauen müssen. Der völkerrechtswidrige Angriffskrieg gegen den Irak ist dabei nur ein Beispiel, wo das Eingreifen der Bürger selbst mit eigener Stimme dringend nötig gewesen wäre.

Warum glauben Sie, dass bei direkt demokratischen Verfahren die Zerstörung in der Welt eine geringere wäre ?

Weil es das Prinzip des Lebens schlechthin ist, dass alle Lebewesen leben und Überleben wollen. Würde man z.B. die Zerstörungen von Lebensgrundlagen in fairer und transparenter Weise zur Abstimmung bringen, so würde sich eine klare Mehrheit der Menschen dagegen aussprechen. Die gegenwärtige Fehlentwicklung in der Welt bringt nur Profite für wenige, aber Elend und Zerstörung für fast alle, einschließlich der Tier- und Pflanzenwelt.

Was wären denn die Merkmale, die eine Demokratie in Ihrem Sinne aufweisen müsste ?

Zentral ist ein ganz einfacher Satz, wie er auch im Deutschen Grundgesetz in Artikel 20 niedergeschrieben steht: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Daraus ergibt sich zwingend, dass der Souverän, also die höchste Instanz in einer wirklichen Demokratie, bei dringenden Anlässen selber sprechen, bzw. entscheiden kann. Ganz im Sinne von Jean Jacques Rousseau, der in seinem Werk „Gesellschaftsvertrag“ postulierte: Wenn der Souverän spricht, müssen alle anderen Organe schweigen. Rousseaus Postulat ist keine philosophische Traumtänzerie, sondern eine zwingend logische Folgerung. Es bedeutet in der Konsequenz, dass der Souverän, etwa durch einen Volksentscheid auf Bundesebene über Kriegseinsätze selbst entscheidet und diese Fragen nicht, wie im Dritten Reich geschehen, den gewählten Politikern überlässt. Das bedeutet aber auch, dass er in Verfassungsfragen, in Fragen der Souveränitätsabtretung, wie bei der EU und WTO geschehen und in Fragen der Regierungsform selber entscheiden kann, ja sogar muss.

Ein Positiv-Beispiel sind die Entwicklungen in Bolivien, wo unter der Ägide des neuen Präsidenten Evo Morales nicht nur das Recht auf die eigenen Lebensressourcen- , sondern ebenso auch Verfassungsfragen neu verhandelt werden.

Weitere Eckpunkte sind, stark verkürzt, dass alle wichtigen Grundlagen, wie Verfassungsfragen, Verfügung über Lebensressourcen oder Kriegseinsätze in einer Rechtsgemeinschaft allgemein verständlich und zugänglich sein müssen. Die heute übliche Geheimhaltung auf der einen Seite und eine wirkliche Demokratie auf der anderen Seite schließen einander denknotwendig aus. Beschlüsse müssen rückholbar sein, wenn neue Erkenntnisse dies gebieten. Die Einhaltung von Gesetzen muss darüber hinaus auch von allen Bürgern einklagbar sein. Der heutzutage übliche Verweis darauf, dass ein einzelner Bürger zu wichtigen Fragen

nicht klagebefugt sei, ist demokratiefeindlich.

Nun wird den Befürwortern eines Volksentscheids immer wieder entgegen gehalten, dass die Bevölkerung die Vorgänge nicht versteht und das man sie deshalb bei komplexen Fragen nicht entscheiden lassen kann...

Was das Verstehen anbelangt, so sind größte Zweifel an dieser Aussage angebracht, weil immer häufiger die Gesetze direkt von Konzernen oder Lobby-Gruppen beeinflusst oder geschrieben werden und weil die Politiker kaum noch im Detail den Inhalt ihrer Entscheidung kennen, geschweige denn die Papiere gelesen oder verstanden haben. Ein Beispiel dafür sind die so genannten, mittlerweile verbotenen Cross Border Leasing Verträge, Scheingeschäfte zur Steuerumgehung, in englischer Sprache verfasst, die dutzende von Bürgermeisterern unterschrieben aber nicht selbst gelesen haben !

Für die Einführung eines Volksentscheides auf Bundesebene in Deutschland ist diese Frage jedoch nicht Entscheidungsrelevant, weil nur der Souverän selbst darüber entscheiden kann und muss, ob er einen Volksentscheid für richtig hält oder nicht. Insofern ist die Pseudo-Diskussion über die Kompetenz der Bevölkerung nur eine Irreführung, um so mit allen Mitteln, - seit 50 Jahren erfolgreich-, den Volksentscheid zu verhindern.

Wichtig ist noch ein anderer Aspekt: der Volksentscheid lässt nicht nur ein besseres Ergebnis erwarten, im Sinne von Gerechtigkeit und Erhalt der Lebensgrundlagen, sondern befördert auch gleichermaßen die Sinnhaftigkeit des Menschseins an sich, weil sich in der Beteiligung an Entscheidungsprozessen die Qualität der Selbstbestimmung zeigt. Demokratie und Selbstbestimmung des Menschen sind zwingend miteinander verknüpft und es wäre in diesem Sinne nicht wünschenswert, wenn alle Selbstbestimmungsmöglichkeit an Dritte abgegeben wird. Die unmittelbare Teilhabe an der Entscheidung hat danach in einer Demokratie einen Eigenwert, weil sie Entwicklungsmöglichkeit des Einzelnen bietet und damit zeitgemäßer Ausdruck von Menschenwürde ist. Das Prinzip, bestimmte Aufgaben Delegierten zu übertragen, ist in vielen Fällen sicher sinnvoll und wird durch das Gesagte nicht ausgeschlossen.

Sie sprechen in Ihrem Buch „Das Wassersyndikat“ von "Selbstverwaltung der Kommunen", von der Bedeutung der Gemeindeversammlung, von "Bürgerentscheiden" und "Volksentscheiden", und fordern die Leser auf, ihre Bürgerechte wahr zu nehmen.

Ja, auf allen Ebenen muss um diese Möglichkeit gerungen werden. Wir Bürger selbst müssen die Spielregeln für Bürgerentscheide auf Landes- und kommunaler Ebene festlegen. Wir dürfen uns nicht durch Positiv- und Negativ-Kataloge, oder durch zu hohe Quoren, (Prozentanteil derer, die in der Bevölkerung zustimmen müssen) wie in Baden Württemberg, „ausbremsen“ lassen. Im Deutschen Grundgesetz wird im Artikel 28 die Entscheidung der Gemeindeversammlung mit der Entscheidung der gewählten Körperschaften gleichgesetzt. Wir sollten versuchen, in kleinen Gemeinden dieses Recht praktisch umzusetzen, indem eine Gemeindeversammlung selbst beschließt. Auf der Bundesebene geht es natürlich weiterhin um die Durchsetzung des Volksentscheids.

Als Beispiel für die "am weitesten entwickelte Form der direkten Demokratie nennen Sie Porto Alegre, die Hauptstadt des Bundesstaates Rio Grande do Sol in Brasilien. Dort treten die Bürger einmal jährlich in den jeweiligen Stadtteilen zusammen und beraten und entscheiden über Infrastrukturmassnahmen und über den Finanzhaushalt. Wäre so etwas auch in unseren Breitengraden möglich und müsste man die Themen nicht auch auf die Fragen von Krieg und Frieden ausweiten?

Ja, natürlich müssten alle wichtigen Fragen einem Volksentscheid bzw. Bürgerentscheid zugänglich gemacht werden. Der Bürgerhaushalt von Porto Alegre ist deshalb ein ermutigendes Beispiel, weil die Bürger tatsächlich entscheiden, auch über Haushaltsfragen. Interessant ist an diesem Beispiel, dass sich die ungerechte Verteilung unter der wir leiden, geringer wird und nicht zunimmt. Das liegt daran, dass bei den Abstimmungen auch Reiche und Superreiche mitmachen können, aber auch tausende von Müttern mit ihren Kindern, die nun mal mehr Interesse an einer Nahrungs-Grundversorgung haben, oder an einem Kindergarten und an einer Straßenbeleuchtung und nicht an leer stehenden Hochhäusern, Ausverkauf ihrer Infrastruktur oder der Herstellung von Vernichtungswaffen.

Könnten gewählte Politiker nicht das gleiche leisten ?

Nein, das können Sie nicht, weil die vollständige, uneingeschränkte

Machtübertragung auf Parteien oder Politiker zwangsläufig zu einem Desaster führt. Strukturell braucht eine echte Demokratie die direkte Eingriffsmöglichkeit des Souveräns. Ist dies nicht gegeben, so wird die Parteien-Politik immer wieder und immer mehr zu einer Verquickung mit den Konzernen und Seilschaften aus der Wirtschaft und damit zur Zerstörung dieser Welt tendieren. Bei uneingeschränkter Machtübertragung auf Parteien ist einfach die Verführung zu groß, die von Macht und Geld ausgeht. Politik ohne Eingriffsmöglichkeit durch den Souverän ist „Verleitung zum Diebstahl“ und mit Demokratie nicht vereinbar. Deshalb sehe ich die Notwendigkeit, dass wir Bürger selbst die Dinge in die Hand nehmen und selber Verfassungsfragen, Umweltfragen, Kriegsfragen, und die Ausgestaltung des Volksentscheids definieren, dass wir uns unserer Definitionsmacht bewusst werden und sie ausschöpfen. Denn: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus“ und das sind wir selbst.